

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 51 (1978-1979)

Heft: 8

Artikel: Privatschulen sind der Motor des Bildungswesens, aber...

Autor: Graf, Werner

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-851971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Privatschulen sind der Motor des Bildungswesens, aber...

Von Werner Graf

Die meisten großen Reformen im Erziehungswesen sind von privaten Schulen ausgegangen. Insofern sind diese der Motor des Bildungswesens. Solche Schulen haben aber mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die vor allem auf die ungerechte Doppelbelastung der Eltern von Privatschülern zurückzuführen sind.

Am Kongreß des Verbandes Schweizerischer Privatschulen (VSP) in Bern, dem 170 Schulen mit 50 000 Schülerinnen, Schülern und Kursbesuchern angeschlossen sind, wurden den Privatschulen von Staatsseite noch und noch «Blumen» überreicht.

So rühmte etwa Heinz Wyss, Direktor des Staatlichen Seminars Biel, die Vorzüge der Privatschulen, die «flexibel genug sind, den gesellschaftlichen Entwicklungen zu folgen und einen Weg der Bildung, Ausbildung, der Sozialisation und Beurteilung der Schüler zu gehen, der ebenso den zeitunabhängigen Werten wie den aktuellen Bedürfnissen gerecht werden und sich vor allem den individuellen Befähigungen und Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen anpassen kann». Die Staatsschule habe den privaten Bildungsinstituten «vieles zu danken». Deshalb solle man nicht gegen-, sondern miteinander arbeiten.

Auch W. Sörensen, Professor an der Uni Neuchâtel und Präsident der Eidgenössischen Maturitätskommission, unterstrich die Vorteile der Privatschulen. Sie hätten oft «schwierige Fälle» («Spätzünder», Kinder mit psychischen Schwierigkeiten) zu betreuen; dennoch sei aber die Qualität erstklassig. Untersuchungen zeigten, daß bei den Erfolgsquoten an den Hochschulen

praktisch keine Unterschiede zwischen Privat- und Staatsschülern bestünden.

Einen Mißton in diese «Harmonie» brachte die am Kongreß – mit dem übrigens auch das 30jährige Bestehen des VSP gefeiert wurde – immer wieder kritisierte Tatsache, daß die Privat- gegenüber den Staatsschulen gravierenden Benachteiligungen ausgesetzt sind. So bezahlen Eltern von Privatschülern das Schulgeld de facto doppelt: einerseits an «ihre» Schule, andererseits via Steuern an die Staatsschulen. Zudem sind Privatschulen oft erfinderisch: Sie kreieren beispielsweise neue Schultypen, die dann später von den Staatsschulen übernommen werden. Die privaten Schulen tragen das Entwicklungsrisiko, und der Staat schöpft «den Rahm» ab. Nun wäre allerdings ein «Patentschutz» nicht gerade das, was man sich im Bildungsbereich wünschen würde. Aber ein «Miteinander» wird auf die Dauer nur dann ersprießlich sein, wenn die Finanzfrage befriedigend gelöst werden kann.

Das Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Geld, dem die Privatschulen ausgesetzt sind, kam auch im Kongreßreferat von F. Haenssler, Direktor der Feusi-Rüedi-Schulen in Bern und Präsident der deutschschweizerischen VSP-Sektion Maturitätsschulen, eindrucklich zur Sprache. Haenssler zeigte, warum die Privatschulen sozusagen der Motor des Bildungswesens sind: Sie sind besser als die schwerfälligen Staatsschulen für Reformen und Versuche geeignet und haben mehr Spielraum bei der Erfüllung des pädagogischen Auftrags. Als Vorbil-

Liebe Leser

Am Kongreß des Verbandes Schweizerischer Privatschulen in Bern haben beinahe 100 Vertreter des privaten Schulwesens aus der ganzen Schweiz teilgenommen. Das Echo war bei allen Teilnehmern, aber auch in der Presse, positiv. Wir publizieren als Beispiel einen Artikel aus der Basler Zeitung sowie die Zusammenfassung des Referates von Nationalrat Dr. O. Fischer zum Thema «Staat und Wirtschaft». Wir hoffen, damit auch den zuhausegebliebenen Privatschulleitern einen Eindruck von der Atmosphäre und den Arbeiten des Kongresses zu vermitteln.

Die Organisatoren, zu denen auch der Redaktor gehört, danken allen Teilnehmern und Mitarbeitern, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Haenssler

Inhalt / Sommaire

<i>Werner Graf:</i> Privatschulen sind der Motor des Bildungswesens, aber ...	165
<i>Dr. Otto Fischer:</i> Staat und Wirtschaft	166
<i>Fritz Schoch:</i> «Leistungsschule» und soziales Lernen	168
Buchbesprechungen	172

der erwähnte er die Rudolf-Steiner-Schulen und die kürzlich in Bern gegründete «Freie Volksschule». Selbstkritisch gestand er dann aber, «daß in unseren Kreisen in der letzten Zeit von diesen Möglichkeiten wenig Gebrauch gemacht worden ist.

Haenssler schilderte plastisch die Finanzprobleme der Privatschulen. Einerseits sind die Löhne der Lehrer niedriger als beim Staat, andererseits können die Schulgelder nicht einfach erhöht werden, weil sonst die Privatschule mit der Zeit eine «Schule der Reichen» würde, «was sie heute nicht mehr ist». (Wobei man wohl – wenn diese kritische Bemerkung hier erlaubt ist – von den Internaten absehen muß. Denn wer kann schon 1000 oder mehr Franken pro Monat für die Ausbildung eines Kindes ausgeben?) Trotz aller Schwierigkeiten arbeiten aber die Privatschulen kostengünstiger als der Staat: «Ein auswärtiger Schüler bezahlt im Kanton Bern für den Besuch eines Gymnasiums oder Seminars 8000 Franken Schulgeld pro Jahr. An einer privaten Schule kostet eine entsprechende Ausbildung 5500 bis 6000 Franken.»

Zur Lösung des Finanzproblems wurde in Bern die Forderung aufgestellt, daß Eltern von Privatschülern die Schulgelder von den Steuern abziehen dürfen sollten. Ich frage mich allerdings, ob das der richtige Weg aus dem Dilemma wäre. Denn er würde gerade jene Kinder be-

nachteiligen, die die Förderungsmöglichkeiten einer Privatschule am nötigsten hätten: die Unterschichtkinder. Eltern, die keine oder wenig Steuern bezahlen müssen, ist mit einem solchen Abzug kaum geholfen, wenn sie daneben das volle Schulgeld zu entrichten haben. Und die Stipendien sind längst nicht überall so, daß hier ein Ausgleich stattfinden könnte. Wäre die Idee der «Bildungsgutscheine», die die (staatliche) «Arbeitsgruppe für Zielvorstellungen im Erziehungswesen» des Kantons Baselland kürzlich zur Diskussion gestellt hat, nicht sachgerechter? In diesem Bericht heißt es: «Die Finanzierung der Bildungsinstitutionen erfolgt durch die Benützer, die vom Staat Bildungsgutscheine erhalten. Jeder Schüler hat Anrecht auf eine Anzahl Bildungsgutscheine, die den durchschnittlichen finanziellen Aufwendungen pro Schüler an Staatsschulen entsprechen.» Mir scheint, solche Gutscheine würden das Problem gleichzeitig freiheitlich, demokratisch und sozial lösen, müßten also eigentlich jeden zufriedenstellen, wo auch immer er politisch steht. Eine wahrhaft «schweizerische Lösung» also . . .

werbeverbandes gelungen, die erste Fassung des Konjunkturartikels, die einen unbeschränkten und nicht mehr aufzuhaltenden Staatsinterventionismus in den Wirtschaftsablauf ermöglicht hätte, zu verhindern. Auch beim überrissenen Raumplanungsgesetz sind wir in der Abwehr erfolgreich gewesen, und in beiden Fällen gibt es nun durchaus tragbare Lösungen. Auf andern Gebieten geht die Auseinandersetzung weiter, so im Zusammenhang mit dem Kartellgesetz, wo versucht wird, die Privatwirtschaft entscheidend zu treffen. Ein besonderes Problem sind die Tendenzen auf Schaffung eines Konsumentenartikels, wo ein eigentlicher Durchbruch zum Staatsinterventionismus erfolgen könnte. Das Problem des Privateigentums an Grund und Boden ist durch die gegenwärtige Marktlage entschärft, bleibt aber latent weiter bestehen. Ebenfalls auf dem Gebiete der Mitbestimmung bestehen weiterhin Tendenzen, die Bewegungsfreiheit, die für den Unternehmer so wichtig ist, einzuschränken. Alle Erfahrungen des Auslandes, wo der Staatsinterventionismus grassiert, zeigen, daß es in erster Linie die kleineren und mittleren Betriebe sind, die darunter zu leiden haben, weil sie sich weniger gut wehren können als die Großbetriebe.

Staat und Wirtschaft

Zusammenfassung des Referats von Nationalrat Dr. Otto Fischer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, am Pädagogischen Kongreß des Verbandes Schweizerischer Privatschulen vom 27./28. Oktober 1978 in Bern.

Nach einem Vierteljahrhundert der Hochkonjunktur befinden sich weite Teile der Wirtschaft heute in einem Wellental. Der Bevölkerungsrückgang, der hohe Frankenkurs und die Finanzmisere der öffentlichen Hand machen alle Zukunftsaussichten unsicher. Positiv zu werten ist demgegenüber die Tatsache, daß die Schweiz im Gegensatz zu andern Ländern weder Arbeitslosigkeit noch Inflation kennt.

Diese gesamthaft gesehen eher ungünstige Lage muß von der Wirtschaft aus selbst gemeistert werden. Es heißt dies, daß es Aufgabe des Unterneh-

mers und seiner Verbände ist, durch Können, Wissen und Selbsthilfe, sowie durch entsprechenden zusätzlichen Einsatz die Durststrecke zu überwinden. Man hat dabei zur Kenntnis zu nehmen, daß der Staat effektiv für die Wirtschaft nichts tun kann. Das einzige was wir von ihm verlangen, ist, daß er durch seine Politik die Lage der Unternehmen nicht noch erschwert. Hier stehen wir nun in einem dauernden Abwehrkampf gegen den Machtanspruch des Staatsapparates, gegen Interventionismus, gegen immer weiter zunehmende Sozialabgaben und Steuern.

Unnötiger Staatsinterventionismus

Es ist dank der entschiedenen Haltung des Schweizerischen Ge-

Im weiteren Sinne gehören auch die Auseinandersetzungen über das Bildungswesen in diesen Zusammenhang. Von der Wirtschaft aus ist man bereit, das neue Berufsbildungsgesetz zu akzeptieren, trotzdem es den Lehrmeistern zusätzliche Auflagen überbindet. Wenn es die Gewerkschaften zu Fall bringen wollen, bleibt es bei der gegenwärtigen Ordnung, die an sich durchaus genügt. Es ist ja auch nicht die Wirtschaft, die die Revision des Berufsbildungsgesetzes verlangt hat. Das Hochschulgesetz, das am 28. Mai verworfen worden ist, wurde zur Hauptsache aus gewerblichen Kreisen bekämpft. Die neuen Bundessubventionen von Hunderten von Millionen Franken wären nicht nur angesichts der Finanzlage des